

2023
August

foraus

Forum Aussenpolitik
Forum de politique étrangère
Forum di politica estera
Swiss Forum on Foreign Policy



Aussenpolitik- Briefing

Umwelt

Sabrina Nick & Andreas Oeschger

Autor:innen

Sabrina Nick

Sabrina Nick arbeitet bei IUCN im Büro des Generaldirektors. Sie beteiligt sich an den Aufgaben im Zusammenhang mit den Verwaltungsorganen der IUCN und der internationalen Umweltpolitik. Nach dem Rechtsstudium sammelte sie Arbeitserfahrung im BAFU in der internationalen Biodiversitätspolitik. Sie ist Mitglied der World Commission on Environmental Law (WCEL) und co-leitet ein Projekt zu Rights of Nature. Sabrina ist seit 2019 Co-Leiterin des foraus-Programms Umwelt, Verkehr und Energie.

Andreas Oeschger

Andreas Oeschger ist seit 2019 bei foraus aktiv und seit März 2023 Co-Leiter des Programms Umwelt, Verkehr und Energie. Er hat einen Masterabschluss in Internationalen Beziehungen und hat sich durch Forschungsprojekte für WTO und ILO auf die Schnittstelle zwischen nachhaltiger Entwicklung und Wirtschaftspolitik spezialisiert. Nach einer Position als Junior Policy Analyst im Bereich Handel und nachhaltige Entwicklung beim Thinktank IISD, ist er zurzeit beim SECO im Ressort Freihandelsabkommen tätig.

Umwelt¹

Sabrina Nick & Andreas Oeschger

Executive Summary

- Die Welt und somit auch die Schweiz ist mit den dringlichen Herausforderungen einer [dreifachen planetarischen Krise](#) – Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung – konfrontiert.
- Die Schweiz hat sich in internationalen Abkommen zu mehreren Umweltzielen verpflichtet, deren Umsetzung auf nationaler Ebene noch unvollständig ist.
- Nachbarstaaten und insbesondere die EU gehen die Krisen ambitioniert an, weshalb die Schweiz aufpassen muss, nicht als Nachzüglerin dazustehen.

¹ Diese Publikation ist Teil der Serie "Aussenpolitik-Briefings" von foraus, welche im August 2023 erschienen ist. Alle Briefings sind einsehbar unter foraus.ch/publikationen.

Rückblick

Der UNO-Menschenrechtsrat stimmte 2022 einstimmig für eine [von der Schweiz mitinitiierte Resolution](#) zur Schaffung eines eigenständigen Menschenrechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt. Das Momentum wäre für die Schweiz perfekt, um als Leaderin im Umweltbereich wahrgenommen zu werden, doch bei der Umsetzung ihrer ehrgeizigen Ziele ist sie selbst noch nicht auf Kurs.

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, ihre Emissionen bis 2030 um 50% gegenüber 1990 zu reduzieren. Zudem will sie bis 2050 klimaneutral werden. Als tragender Pfeiler hätte laut der 2021 vom Bundesrat beschlossenen [langfristigen Klimastrategie](#) das 2020 vom Parlament verabschiedete revidierte CO₂-Gesetz dienen sollen. Nachdem das Stimmvolk jenes in einem Referendum ablehnte, fehlte der Schweizer Klimapolitik in der letzten Legislatur die gesetzliche Handlungsgrundlage. Als Reaktion verlängerte das Parlament das bestehende CO₂-Gesetz (von 2011) bis 2024 und erarbeitete das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) als Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Dieses Jahr nahm das Stimmvolk das KIG an – ein Meilenstein der Schweizer Klimapolitik. Doch vieles zu dessen Umsetzung und bezüglich der Zukunft des CO₂-Gesetzes bleibt offen.

Internationale Vorgaben gegen den Biodiversitätsverlust werden in der UN-Biodiversitätskonvention verhandelt. 2012 adaptierte der Bundesrat die "Aichi-Ziele" in einer [nationalen Strategie](#), während der [Aktionsplan Biodiversität](#) zu deren Umsetzung erst 2017 verabschiedet wurde. Nur wenige Ziele wurden bisher erreicht und die erste Umsetzungsphase des Aktionsplans daher bis Ende 2024 verlängert. 2022 wurde das Montreal-Kunming-Übereinkommen mit Zielen bis 2030 verabschiedet. In den Verhandlungen setzte sich die Schweiz für [ambitionierte Ergebnisse](#) ein. Angesichts des irreversiblen Biodiversitätsverlusts drängt eine rasche nationale Umsetzung.

Ein Kernthema ist die Abschaffung von biodiversitätsschädigenden Finanzflüssen bis 2020. Dieses Ziel wurde um mehrere Jahre verfehlt. Der [Grundlagenbericht](#) dazu wurde erst 2020 veröffentlicht. Mögliche Reformvorschläge sollen dem Bundesrat bis Ende 2024 vorgelegt werden. Das zögerliche Handeln der Schweiz zeigt sich auch im Vergleich mit den Nachbarstaaten. Dies führte u.a. zur Volksinitiative „Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft ([Biodiversitätsinitiative](#))“ und dem Gegenvorschlag des Bundesrates, welcher demnächst vom Parlament behandelt wird.

Ausblick

Mit der Annahme des KIG wurde zum Ende der letzten Legislatur ein wichtiger Kompromiss in der Umweltpolitik realisiert. Doch gewisse Baustellen bleiben bestehen. Dazu gehören das CO₂-Gesetz sowie das Ausarbeiten einer neuen Biodiversitätsstrategie und einer Kreislaufwirtschaftsstrategie basierend auf einer hängigen parlamentarischen Initiative ([20.433](#)) und internationalen [Verhandlungen](#) zu einem Plastikabkommen.

In der nächsten Legislatur steht u.a. die nationale Umsetzung der internationalen Biodiversitätsverpflichtungen im Fokus. Das UVEK wurde beauftragt, Massnahmen zur zweiten Umsetzungsphase (2025-2030) des Aktionsplans zu erarbeiten und die Ziele der Biodiversitätsstrategie zu überprüfen. Das BAFU ist hinsichtlich der ökologischen Infrastruktur zuversichtlich, 30% Schutzfläche bis 2030 zu erreichen, insbesondere durch effektiveren Schutz von Biodiversitätsflächen, Vernetzung von Biodiversitätskorridoren sowie durch Förderung der Biodiversität in städtischen Gebieten. Die [Zwischenevaluation](#) machte jedoch deutlich, dass der Aktionsplan nicht das einzige Instrument sein kann, um die nationalen Ziele zu erreichen.

Bei den Klimazielen besteht ebenfalls Nachbesserungsbedarf. Um weitere gesetzliche Handlungsmöglichkeiten zu haben, hat der Bundesrat beschlossen, erneut das CO₂-Gesetz zu revidieren. 2022 hat er seinen Vorschlag dem Parlament übergeben. Die Bearbeitung wird in der kommenden Legislatur zentral. Ebenfalls wird der derzeitige [Aktionsplan 2020–2025](#) während der nächsten Legislatur auslaufen. Fragen zur Schweizer Beteiligung an internationalen Klimafonds sollten geklärt werden, ebenso wie die Möglichkeit, auch in bisher von Klimazielen verschonten Bereichen wie der [Agrarpolitik](#) Akzente zu setzen.

Zudem bleibt offen, wie die Schweiz mit den ehrgeizigen Umweltregulierungen der EU umgehen will: dem überarbeiteten Emissionshandelssystem (EHS) inklusive CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), der Entwaldungsverordnung (EUDR), wie auch dem derzeit ausgehandelten Naturrestaurierungsgesetz. Bei diesen Regulierungen stellt sich für die Schweiz die Frage: voll, teilweise/angepasst oder gar nicht übernehmen? Bezüglich EHS hat sich der Bundesrat für eine Aktualisierung, aber [gegen eine Übernahme](#) des CBAM ausgesprochen. Ob das Parlament sich dem anschliesst, ist im Kontext einer parlamentarischen Initiative ([21.432](#)) zu klären. Bei der EUDR sprach sich der Bundesrat vorerst für ein Abwarten aus, doch wegen [Druck aus der Schweizer Wirtschaft](#) und eines parlamentarischen Vorstosses ([22.4414](#)), ist offen, ob seine Empfehlung mittelfristig Unterstützung findet.

Die “ökologische Wende” ist kostenintensiv. Im Klimabereich gehen [Schätzungen](#) davon aus, dass bis 2030 Kosten in Höhe von bis zu 150 Mia. CHF entstehen werden, wenn die Schweiz das 2030 Ziel erreichen möchte – das KIG sieht aber “nur” 3,2 Mia. CHF für staatliche Fördermassnahmen vor. Da Verkehr, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft für mehr als 90% aller Inlandemissionen verantwortlich sind, könnten z.B., analog der Vorgehensweise anderer Länder, mit zusätzlichen Investitionen in diesen Bereichen gezielt Anreize gesetzt werden. Auch für Auslandemissionen könnten Anreize gesetzt werden, wie etwa für [klimaverträgliche Finanzflüsse](#) analog

der EU-Taxonomie. Im Bereich Biodiversität schätzt das [BAFU](#), dass bei Nichthandeln Kosten von 14 bis 16 Milliarden CHF pro Jahr entstehen würden.

Es gibt viel Handlungspotenzial um den Schweizer Umweltverpflichtungen nachzukommen und zu Akteuren wie der EU aufzuschliessen. Nichthandeln kann nicht nur noch teurer werden, sondern auch zu mehr Volksbegehren mit Umweltbezug führen, wie etwa einer [EMRK-Klage](#) oder der kürzlich lancierten Initiative für einen [Klimafonds](#).

Further readings

- Europäische Kommission (2021): „Fit für 55“: auf dem Weg zur Klimaneutralität – Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030, Brüssel, Belgien: Europäische Kommission, [online] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52021DC0550> [abgerufen am 06.08.2023].
- Schweizerischer Bundesrat (2022): Umwelt Schweiz 2022: Bericht des Bundesrates, Bern, Schweiz: Schweizerischer Bundesrat, [online] <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/74535.pdf> [abgerufen am 06.08.2023].
- Dasgupta, Partha (2021): The Economics of Biodiversity: The Dasgupta Review, London, Vereinigtes Königreich: HM Treasury, [online] <https://www.gov.uk/government/publications/final-report-the-economics-of-biodiversity-the-dasgupta-review> [abgerufen am 06.08.2023].

Zitierweise

Cotton, A. (Hg.), Dalbert, F. (Hg.), Eichenauer, V. (Hg.), Farman, D. (Hg.), Jönsson, O. (Hg.), Nick, S., Oeschger, A. (2023). Aussenpolitik-Briefings. Bern: foraus - Forum Aussenpolitik.

Disclaimer

Das vorliegende Diskussionspapier gibt die persönliche Meinung der Autor:innen wieder und entspricht nicht zwingend derjenigen des Vereins foraus.

Über foraus - Forum Aussenpolitik

foraus ist der partizipative Schweizer Think Tank zur Aussenpolitik. Als dynamische Grassroots-Community junger Menschen prägen wir die Aussenpolitik, beeinflussen die Art und Weise, wie Aussenpolitik gemacht wird, fördern neue Stimmen und verschaffen ihnen Gehör – innerhalb der Schweiz wie auch international. Wir stehen für evidenzbasierte und qualitativ hochwertige Inhalte mit konstruktiven politischen Handlungsempfehlungen und organisieren Veranstaltungen, die zum Denken anregen. Zudem entwickeln wir innovative Tools für mehr Engagement und Wirkung, mit dem Ziel, globale Herausforderungen anzugehen.

www.foraus.ch

Bern | foraus – Forum Aussenpolitik | Marktgasse 36 | 3011 Bern
office@foraus.ch | +41 44 501 68 65

Genève | foraus – Forum de politique étrangère | c/o Impact Hub, Rue de Fendt 1 | 1201
Genève | bureau_romandie@foraus.ch | +41 22 559 96 96

IBAN: CH06 0900 0000 6017 6892 9

Was sind die grossen aussenpolitischen Herausforderungen der Schweiz, über die unsere Politiker:innen, Entscheidträger:innen und relevanten Akteur:innen informiert sein müssen, damit sie in den nächsten vier Jahren die nötigen Entscheide treffen können? 23 foraus-Expert:innen gehen in 14 prägnanten Publikationen dieser Frage nach und untersuchen einerseits, wie das Schweizer Parlament die Aussenpolitik der letzten vier Jahre mitgestaltet hat. Andererseits blicken sie auf anstehende Herausforderungen der Legislatur 2024-2027. Die vorliegende Publikation gehört zu einer 14-teiligen Publikationsreihe.

Die weiteren 13 Briefings
sind hier einsehbar:

